

Sachsensumpf: Jurist will 250000 Euro

Dresden. Ein in der »Sachsensumpf-Affäre« beschuldigter Jurist will vom Freistaat mit mindestens 250000 Euro entschädigt werden. Der frühere Leipziger Staatsanwalt, inzwischen Präsident des Dresdner Amtsgerichts, hat das Land wegen Rufmordes verklagt. Das berichtet die Sächsische Zeitung in ihrer Montagsausgabe. Ein Dossier des Verfassungsschutzes (LfV) hatte die Affäre vor zwei Jahren ausgelöst. Die Vorwürfe reichten von Amtsmissbrauch bis Kinderprostitution und Bandenkriminalität. Die Staatsanwaltschaft Dresden nahm daraufhin Ermittlungen gegen verdächtige Juristen auf, die sie allerdings im Frühjahr 2008 wieder einstellte. Begründet wurde der Schritt mit fehlerhafter Arbeit des LfV.

(ddp/jW)

<https://www.jungewelt.de/artikel/127306.sachsensumpf-jurist-will-250000-euro.html>